

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 66

46. Für mehr Transparenz und einen schrittweisen Ausstieg der Pensionskasse Basel-land aus der Investition in fossile Energien

2019/143; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen und Abschreibung beantrage. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) bedankt sich für die Stellungnahme der Regierung. Beim Vorstoss geht es darum, einen namhaften Beitrag gegen die Klimaerwärmung zu leisten. Die wirklich grossen Hebel sind in der Finanzwelt zu lokalisieren. Dies wurde der Votantin anlässlich einer Informationsveranstaltung des WWF und der Klimaallianz deutlich. Die 20 grössten PKs verwalten die Gelder von einem Drittel der Versicherten, und damit CHF 320 Milliarden Franken. 40 % von diesem Geld wird im Ausland angelegt. Hier ist wahrlich viel Potential enthalten, das einen positiven Effekt auf das Klima haben könnte.

Die Antwort der Regierung ist ernüchternd. Die Postulantin vermisst die Entschlossenheit, ihren Einfluss geltend zu machen und ihren Spielraum zu nutzen, um die Pensionskasse aus dem roten Bereich in Richtung grün und somit klimafreundlich & sicher zu bewegen.

Am 1. Mai 2019 wurde ein neues Anlagereglement der PKBS in Kraft gesetzt. Immerhin zeigt sich im Leitbild eine Absicht, die Anlagen auf Klimafreundlichkeit zu prüfen. Es fehlen jedoch griffige Zielsetzungen, was die Befürchtung aufkommen lässt, dass es bei der Absichtserklärung ohne konkrete Schritte bleiben wird.

Drei kritische Bemerkungen: 1. zur treuhänderischen Sorgfaltspflicht. Die Pensionskassen sind laut schweizerischem Recht dazu verpflichtet, eine optimale Rendite zu erwirtschaften und gleichzeitig das Risiko von Wertverlusten auf den Anlagen so gering wie möglich zu halten. Ein neues Rechtsgutachten, von der Klimaallianz in Auftrag gegeben, zeigt auf, dass die treuhänderische Sorgfaltspflicht auch für alle Klimarisiken gilt, die einen Einfluss auf die Performance haben können. Das haben andere PKs ernst genommen, wie das Rating der 20 grössten Pensionskassen zeigt. Es ist erstaunlich und beunruhigend, dass die Regierung in der Antwort nicht auf die Risiken von fossilen Energien eingeht und ihren Willen, dies zu ändern, nicht deutlich zum Ausdruck bringt.

2. zur Mitsprache der Regierung im Parlament: Bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) ist der Verwaltungsrat das oberste Organ, der gemäss Bundesrecht die unübertragbare und unentziehbare Aufgabe hat, die Anlagestrategie festzulegen. Der Regierungsrat hat aber mit der Wahl der 6 Verwaltungsratsmitglieder doch einen beeindruckenden Einfluss. Das Gremium wurde eben wieder bestätigt. Ein Status Quo also. (Es sind übrigens 6 Männer). Die Votantin ist der Meinung, dass Volks-Vertreterinnen und -Vertreter ein Anrecht auf Transparenz haben, wie sicher das Geld der Kantonsangestellten, der meisten Lehrpersonen, Kantons- und Spitalangestellten angelegt wird und mit welcher Zielsetzung und welcher Anlagestrategie dies umgesetzt wird.

3. zum Einfluss auf das Klima: Es könnten eigentlich zwei Fliegen auf einen Schlag erwischt werden. Einerseits sichere Renditen dank zukunftsgerichteter Anlagen, plus ein Beitrag mit Signalwirkung zur Reduktion der Klimaerwärmung mit weitreichenden positiven Folgen. Als Vertragspartei des Übereinkommens von Paris bekennt sich die Schweiz zum sogenannten 2-Grad-Ziel – wovon man noch weit entfernt ist. Das heutige Investitionsverhalten von PKs und Versicherungen unterstützt eine globale Erwärmung von rund 4-6 Grad Celsius.

Bei den grossen Summen von Geld, die Pensionskassen verwalten (in der Schweiz ein Vermögen von mehreren hundert Milliarden Franken, in Baselland rund 7 Milliarden), besteht hier ein wirksamer Hebel in Bezug auf die Klimaerwärmung. Und die staatlichen Kassen haben Vorbildfunktion. Der Grüne/EVP-Fraktion fehlt die Absichtserklärung eines schrittweisen Ausstiegs aus klimakritischen Anlagen. Vielleicht erfolgt diese ja noch anlässlich der in Aussicht gestellten öffentlichen Information. Es soll einen Nachhaltigkeitsbericht geben. Genau diesen möchte man abwarten, weshalb die Fraktion gegen Abschreiben ist. Sie erwartet die auch von anderen Kassen gewährte Transparenz in die Anlagestrategie und die Anlageziele. Der Rat sei gebeten, das Postulat stehen zu lassen.

Urs Kaufmann (SP) meint, auch in Namen der SP-Fraktion, dass man das Postulat nicht abschreiben sollte. Es ist ein Zeichen der Zeit, dass auch die Pensionskasse gegenüber ihren Versicherten zeigt, was sie mit ihrem Geld tut, dass es im Sinne des Klimas richtig eingesetzt wird und nicht unnötig (oder überhaupt) in fossile Energieträger investiert wird. Deshalb ist wichtig, dass das Postulat stehen bleibt und damit die Pensionskasse unter Druck gesetzt wird, auszuweisen, welches die Folgen ihrer Anlagen sind.

://: Mit 70:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen und mit 41:35 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.
